

## Veranstaltung

### Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag 2010 Tausende Besucher besichtigten Landesparlament



An die 10.000 Besucher haben den Tag der offenen Tür des Thüringer Landtags genutzt, um einen Blick hinter die Kulissen moderner Parlamentsarbeit zu werfen.

Bei Führungen durch das Gebäude, Gesprächsrunden mit Abgeordneten und vielfältigen kulturellen Darbietungen bot der Landtag am 12. Juni erneut die bewährte Mischung aus Information, Diskussion und Unterhaltung.

Zufrieden bilanziert Landtagspräsidentin Birgit Diezel: „Der Tag der offenen Tür war auch in diesem Jahr wieder ein voller Erfolg. Ich freue mich, dass



trotz des anfangs wechselhaften Wetters so viele Menschen den Weg zu ihrer Volksvertretung gefunden haben.“

Rund 180 Aussteller aus allen gesellschaftlichen Bereichen präsentierten den Freistaat mit all seinen Facetten auf der großen Politikmesse und sorgten für reges Treiben im und rund um den Landtag. Die

des Landesamts für Verfassungsschutz, Thomas Sippel, über Gefahren des politischen Extremismus. Die Pixel-Kids der Thüringer Landesmedienanstalt dokumentierten mit Kamera und Mikrofon die schönsten Augenblicke des Tages. Entstanden ist ein lebhafter Videoclip, den die wohl jüngsten Medienmacher Deutschlands gegen Ende der Veranstaltung präsentierten.

Beim Finale des Wettbewerbs



fünf Fraktionen des Thüringer Landtags gestalteten je ein eigenes Bühnenprogramm und luden die Bürgerinnen und Bürger zu persönlichen Begegnungen an den Informationsständen ein. Sportliche Vorführungen, Live-Musik und politische Talkrunden waren auf zwei Bühnen garantiert. So lieferten sich etwa die Fraktionsvorsitzenden des Landesparlaments am Vormittag einen spannenden Schlagabtausch.

Gastgeberin Birgit Diezel empfing in ihrem Büro Bürger zu einer Autogrammstunde. Interessierte konnten einmal sehen, wo die Landtagspräsidentin arbeitet. Gut besucht war die Diskussionsrunde mit dem Präsidenten

„jugend@ehrenamt“ stellten junge, gesellschaftlich engagierte Thüringer ihre Projekte vor. Mit kreativen Präsentationen – von Musikstücken über nachgespielte Dialoge bis hin zu einer aufwendigen Theaterinszenierung – buhlten die Finalisten im Plenarsaal um den auf insgesamt 2.000 Euro dotierten Förderpreis der Landtagspräsidentin. Als Siegerin ging Maria Theresa Faulstich aus Finsterbergen hervor. Die 16-Jährige engagiert sich seit zwei Jahren ehrenamtlich im sozial-therapeutischen Bereich eines Alten- und Pflegeheims. Mit seinen vielen Programmpunkten war der Tag der offenen Tür wieder ein spannendes Erlebnis für Jung und Alt.

### Thüringer Delegation für die 14. Bundesversammlung

Folgende Personen wurden auf Vorschlag der einzelnen Fraktionen benannt:

Fraktion der CDU:

- Christine Lieberknecht, MdL, Ministerpräsidentin
- Mike Mohring, MdL, Fraktionsvorsitzender
- Birgit Diezel, MdL, Landtagspräsidentin
- Dieter Althaus, Ministerpräsident a. D.
- Prof. Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a. D.
- Ralf Luther, Landrat

Fraktion DIE LINKE:

- Elfriede Begrich, Pröpstin
- Bodo Ramelow, MdL, Fraktionsvorsitzender
- Dr. Birgit Klaubert, MdL, Landtagsvizepräsidentin
- Prof. Dr. Klaus Dörre, Soziologe
- Andrea Wagner, Gleichstellungsbeauftragte
- Knut Korschewsky, MdL

Fraktion der SPD:

- Christoph Matschie, MdL, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur
- Frank Ullrich, Bundestrainer
- Birgit Pelke, MdL
- Dorothea Marx, MdL

Fraktion der FDP:

- Uwe Barth, MdL, Fraktionsvorsitzender

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

- Gisela Hartmann, Kreisfraktionsvorsitzende

## Kurz gemeldet

Die diesjährige Konferenz des Rotary Distrikts 1950 am 5. Juni widmete sich dem Thema „Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie in den jungen Ländern“. Im Erfurter Kaisersaal setzte sich die Landtagspräsidentin in ihrem Vortrag mit der aktuellen Situation gelebter Demokratie in Thüringen auseinander. +++ Am 10. Juni fand im Plenarsaal des Landtags der 3. Thüringer Sozialgipfel statt. Vertreter der Thüringer Sozialverbände nutzten die Veranstaltung, um bestehende soziale Probleme und neue Lösungswege zu diskutieren. Landtagspräsidentin Birgit Diezel verwies in ihrem Redebeitrag auf die Solidarität als Fundament unserer Gesellschaft. +++ Fruchtbaren Besuch bekam die Landtagspräsidentin am 1. Juni von der Thüringer Erdbeerkönigin, die für die Thüringer Erdbeere warb und zum Erdbeerfest nach Gebesee einlud.

In den letzten Plenarsitzungen vor den Parlamentsferien wurde noch einmal kontrovers diskutiert, gewählt und Gesetzen zugestimmt. Große Aufmerksamkeit erfuhr die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Lieberknecht zum **Thüringer Monitor 2010**. Alle Fraktionen begrüßten die in Deutschland einzige Erhebung ihrer Art und forderten deren regelmäßige jährliche Fortführung. Schwerpunkt des Thüringer Monitors 2010 war das Verhältnis der Generationen. Die Umfrage ergab, dass in den Familien, zwischen den Generationen eine ausgewogene Beziehung besteht. Weitere Themen des Monitors waren die demografische Entwicklung und die Einstellung der Thüringer zur Demokratie. Als Konsequenz aus den Ergebnissen des Thüringer Monitors forderte die Ministerpräsidentin eine angemessene, von Respekt geprägte Streitkultur im politischen Alltag. Weiterhin haben die Abgeordneten in der Plenarsitzung für das Thüringer Gesetz zur Änderung, und damit der Lockerung des **Nichttrauerschutzgesetzes** gestimmt. Ebenso sprachen sich die Abgeordneten in zweiter Beratung für das Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes aus.

## Büchertipp

### Buchvorstellung im Landtag Erinnerungen an die Anfänge der Demokratie in Thüringen

Fast 20 Jahre ist es her: Am 14. Oktober 1990 wählte Thüringen sein erstes freies Landesparlament nach mehr als 40 Jahren der SED-Diktatur. Es waren die Bürger selbst, die sich ihre Freiheit wieder erkämpft und den Weg in die Demokratie geebnet hatten. Sie zu einem funktionierenden Rechtsstaat auszubauen, war die Aufgabe westdeutscher Beamter. Geprägt von der öffentlichen Verwaltungsstruktur der alten Bundesrepublik, halfen sie ihren ostdeutschen Kollegen die Institutionen in den neuen Bundesländern nach bundesdeutschem Recht aufzubauen. Einer der Beamten war der aus Mainz stammende Staatsrechtler Joachim Linck. Er hat den Thüringer Landtag mit aufgebaut und war später bis



sprochen. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war die Vorstellung des **Tätigkeitsberichts 2009 der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**. Gegenstand des Berichts ist die nach wie vor steigende Anzahl von Anträgen zur Entschädigung von Opfern der politischen Verfolgung in der DDR. 20 Jahre nach der friedlichen Revolution zeigt der Bericht auf, dass die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit noch lange nicht abgeschlossen ist. Die aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zum Thema „Auswirkungen der Sparvorhaben des Bundes auf Thüringen“ wurde von den Parlamentariern heiß diskutiert. Denn bis 2020 muss der Haushalt mit einem Drittel weniger an Geld und ohne neue Schulden auskommen. Darüber hinaus waren folgende Themen Bestandteil der Plenumsdiskussion: Umbenennung des Erfurter Flughafens, Begleitetes Fahren mit 17 Jahren und der Abschiebestopp für Roma in den Kosovo. Eine vollständige Übersicht aller Tagesordnungspunkte ist in der Parlamentsdiskussion im Internet unter [www.thueringer-landtag.de](http://www.thueringer-landtag.de) zu finden.

zu seiner Pensionierung im Jahr 2005 dessen Direktor. Seine persönliche Bilanz aus zwanzig Jahren „Aufbau Ost“ hat er in einem Buch niedergeschrieben, welches er am 10. Juni der Öffentlichkeit im Thüringer Landtag vorstellte. „Wie ein Landtag laufen lernte“ nennt er seinen authentischen Rückblick an die Zeit, in der die Demokratie in Thüringen einen Neuanfang wagte. Als „authentischen Bericht eines Zeitzeugen und ein Stück gelebter Erinnerung“ stellte Landtagspräsidentin Birgit Diezel die Veröffentlichung im Landtag vor.

Das 242 Seiten umfassende Buch ist im Böhlau Verlag Köln Weimar Wien erschienen und im Buchhandel zum Preis von 22,80 Euro erhältlich. ISBN 978-3-20468-6

### Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz

#### Filmpremiere in Ausschusssitzung

Die Sitzung des Umweltausschusses Mitte Juni begann mit einem filmischen Höhepunkt. Gezeigt wurde ein beeindruckender Dokumentarfilm über die Bleißberghöhle im Thüringer Schiefergebirge. Die Tropfsteinhöhle wurde bereits 2008 bei den Bauarbeiten für die neue ICE-Strecke entdeckt. Der Film, der im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz von der Produktionsfirma clip film Suhl gedreht wurde, zeigt die Schönheit der Höhle. Geplant ist, die rund 5.000 DVDs vor allem an Schulen zu verteilen und so die Bleißberghöhle in ganz Thüringen bekannt zu machen. Im weiteren Verlauf der Sit-

zung beschäftigten sich die Abgeordneten mit den bedrohten Bienenbeständen im Freistaat. „Erschrocken mussten wir dabei zur Kenntnis nehmen, dass in Thüringen nur etwa ein Drittel der für eine optimale Blütenbestäubung erforderlichen Völker vorhanden ist“, so der Ausschussvorsitzende Tilo Kummer (DIE LINKE). „Während es 1990 noch ca. 90.000 Bienenvölker gab, sind es jetzt lediglich rund 17.000. Jedoch gelang es durch Fördermaßnahmen, in den letzten Jahren wieder einen leichten Zuwachs zu erreichen. Erfreulich ist vor allem, dass der Bienenzuwachs trotz Winterverlusten, die zwischen 25 und 30 Prozent lagen, möglich wurde.“

### Diezel vom Bund der Steuerzahler ausgezeichnet

Der Bund der Steuerzahler Thüringen e.V. hat Landtagspräsidentin Birgit Diezel für „Drei Jahre ohne neue Schulden“ ausgezeichnet. Bei der Festveranstaltung zum 20. Jubiläum des Thüringer Steuerzahlerbundes am 15. Juni wurde Frau Diezels Engagement für den Freistaat gewürdigt. In ihrer Amtszeit wurden die Ausgaben des Freistaats um 660 Millionen Euro reduziert. 2007 war es erstmals gelungen, einen Haushalt ohne Neuverschuldung abzuschließen. An diesen Erfolg konnte die Landesregierung 2008 und 2009 anknüpfen. In ihrer Festrede mahnte die Landtagspräsidentin, dass die Schulden von heute die Steu-

ern von morgen sein können. „In Thüringen haben wir deshalb, als eines der ersten Bundesländer, eine Schul-



denbremse in der Landeshaushaltsordnung verankert, denn auf Schuldenbergen können unsere Kinder und Enkel nicht spielen“, erklärte Birgit Diezel.

### Trauer um ehemaligen Abgeordneten Benno Lemke

Der ehemalige Landtagsabgeordnete Benno Lemke ist am 12. Juni im Alter von 51 Jahren nach einer schweren Krankheit gestorben. Im Namen aller Abgeordneten des Thüringer Landtags sprach Landtagspräsidentin Birgit Diezel den Angehörigen des Verstorbenen ihr Beileid aus: „Mit großer Betroffenheit habe ich vom Tod Benno Lemkes erfahren. Mit ihm verlieren wir einen engagierten, streitbaren und fleißigen ehemaligen Kollegen“, erklärte Frau Diezel. Benno Lemke war von 1994 bis 1999 und erneut von 2004 bis 2009 für die PDS bzw. DIE LINKE Mitglied des Thüringer Landtags. In seiner politischen wie ehrenamtlichen Arbeit beschäftigte er sich, unter anderem als Mitglied des Ausschusses für Bau und Verkehr und als Vorsitzender der Landesverkehrswacht, besonders mit dem Gebiet der Verkehrspolitik.

## Verkehrssicherheit: Begleitetes Fahren mit 17 senkt Unfallzahlen

Ein Baustein für mehr Verkehrssicherheit und zurückgehende Unfallzahlen ist das „Begleitetes Fahren mit 17“. Deshalb ist es folgerichtig, dieses Modellprojekt zum Jahresende verbindlich für ganz Deutschland einzuführen. Darauf hat die verkehrspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Christina Tasch, anlässlich der Unfallstatistik für die ersten vier Monate des Jahres 2010 hingewiesen. Wie Tasch sagte, sind junge Leute überdurchschnittlich oft an Verkehrsunfällen beteiligt. Die Teilnehmer an dem Modellversuch seien jedoch um rund ein Fünftel weniger in Unfälle verwickelt als Gleichaltrige, die erst später einen Führerschein und Fahrpraxis erwerben. Der Freistaat Thüringen hat sich im

März 2007 dem seit 2004 laufenden Modellversuch in mehreren deutschen Ländern ange-



geschlossen. Bis zum Januar 2010 haben in Thüringen inzwischen rund 34.000 Jugendliche die Chance genutzt, bereits mit 17 am Steuer zu sitzen und Fahrpraxis zu erwerben. Laut Tasch

entspricht dies immerhin 26,3 Prozent aller erteilten Führerscheine der Klasse B. „Die Ergebnisse sind ermutigender, als das Viele in den letzten Jahren erwartet haben. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass der Bund diese Regelung nun generell einführt.“

Bei aller Genugtuung über den Erfolg bleibt laut Tasch jedoch festzuhalten, dass die Verkehrssicherheit ein Thema bleibt, bei dem immer weiter nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht werden muss. „Denn vergessen wir nicht: Immer noch sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres bei Verkehrsunfällen in Thüringen 2.328 Menschen verletzt worden und 31 gar ums Leben gekommen. Das sind 31 zu viel“, so die Verkehrsexpertin.

## Unrechtsstaats-Debatte: Konflikte zwischen Bürger und Staat wichtigster Indikator

„Wer sich um den Begriff Unrechtsstaat herumogelt, will sich um eine Einordnung des SED-Regimes unter die Diktaturen des 20. Jahrhunderts herumdrücken.“ Das hat der Vorsitzende des Arbeitskreises für Justiz-, Bundes- und Europaangelegenheiten der CDU-Landtagsfraktion, Gustav Bergemann, in Erfurt erklärt. Er bezog sich auf entsprechende Äußerungen der Bundespräsidentenskandidatin der LINKEN, Luc Jochimsen, und eine daran anknüpfende Kontroverse im Juniplenium des Thüringer Landtags.

Wie Bergemann in Erinnerung rief, gab es in der DDR keine Gewaltenteilung, keine unabhängige Justiz, kein demokratisch legitimes Parlament als Gesetzgeber und keine Möglichkeit, sich auf dem Rechtsweg gegen Partei und Staat zu

wehren, dafür aber das Fehlen selbst elementarster Grundrechte, ein politisches Strafrecht, politische Gefangene in



großer Zahl und Beschlüsse einer demokratisch nicht legitimen Staatspartei als Auslegungsmaximen. „Ich frage

mich, was noch alles zusammen kommen muss, bevor ein Unrechtsstaat als solcher bezeichnet werden kann“, sagte der Arbeitskreisvorsitzende.

Der Charakter eines Rechtsstaates erweist sich laut Bergemann nicht darin, dass alltägliche Rechtskonflikte nach Gesetzen gelöst werden, „sondern in den Konfliktzonen zwischen dem Staat und seinen Bürgern, die in der DDR zwar das Recht hatten, Eingaben zu schreiben, aber ansonsten im Stand von Untertanen gehalten wurden.“

Die SED errichtete konsequent von Anfang an eine Erziehungsdiktatur und nutzte Paragraphenwerke, um jedweden Widerstand dagegen aus dem Weg zu räumen. Wenn es hart auf hart kam auch unter Missachtung der eigenen Gesetze“, so der Abgeordnete.

## Zwei neue Landgemeinden entstehen

Der Thüringer Landtag hat in der letzten Sitzung vor der Sommerpause mehreren freiwilligen Neugliederungen kreisangehöriger Gemeinden zugestimmt. Dadurch werden unter anderem zwei neue Landgemeinden entstehen. Das Land unterstützt die Fusionen und Umwandlungen mit rund 2,52 Millionen Euro. Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Fiedler begrüßte den Willen der Gemeinden, freiwillig zu effizienteren Strukturen zu finden.

Er erinnerte daran, dass die Phase der Freiwilligkeit für die Kommunen unter 3000 Einwohnern zum 1. Januar 2013 ausläuft.

Zudem betonte Fiedler, dass die CDU-Fraktion eine ähnliche Regelung für Verwaltungsgemeinschaften einführen will, die weniger als 5000 Einwohner haben. 15 von 85 Verwaltungsgemeinschaften unterschreiten diese Kennzahl inzwischen deutlich, einige weitere liegen nur knapp darüber.

„Für all diese Fälle bietet es sich an, auf die von der Enquetekommission entwickelte Landgemeinde zurückzugreifen. Dann bekämen wir individuelle und zukunftsfähige Lösungen, die nicht auf dem Reißbrett in Erfurt entwickelt werden und die zugleich durch das gestärkte Ortschaftsrecht ein hohes Maß an Einbindung aller Bürgerinnen und Bürger ermöglicht“, so Fiedler.

## Altschuldenentlastung endgültig regeln

Die CDU-Fraktion und ihr Koalitionspartner haben die Landesregierung im Landtag gebeten, gegenüber dem Bund eine abschließende Regelung zu den Altschulden der Wohnungsunternehmen einzufordern. Soll der aus demografischen Gründen notwendige Stadtbau weiter vorangetrieben werden, müssen die Wohnungsunternehmen handlungsfähig sein

und finanziell entlastet werden. „Wenn wir die Potentiale für attraktive, energieeffiziente und ökologisch hochwertige Wohnumfelder und eine bessere Lebensqualität in den Städten und Gemeinden ausschöpfen wollen, dann müssen wir die entsprechenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sicherstellen“, sagte dazu der CDU-Politiker Manfred Scherer.

## Berufsschulnetzplan in Thüringen verbessern

Die CDU-Fraktion will die Berufsschulnetzplanung im Freistaat verbessern, aber den Landkreisen und kreisfreien Städten die Zuständigkeit nicht entziehen. Das hat der CDU-Bildungspolitiker Volker Emde in einer Plenardebatte zur Berufsschulnetzplanung Ende Juni verdeutlicht. „Wir brauchen ein wohnort- und ausbildungsbetriebsnahes Angebot,

aber auch zukunfts- und leistungsfähige Strukturen. Dazu kommt, dass wir in diesem Bereich einen Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Schulen haben und sich auch die Ausbildungsberufe immer weiter ausdifferenzieren“, umriss Emde die nicht einfache Aufgabe. Die Berufsschulnetzplanung wird nun im Bildungsausschuss weiter diskutiert.

## Mit Luc Jochimsen „eine politische Attraktion“ aufgeboten Die Kandidatin der LINKEN für das Bundespräsidentenamt stellte sich vor

Dass die Linksfraktion mit Lukrezia (Luc) Jochimsen „eine politische Attraktion“ aufgeboten hatte, war bei den Besuchern des Landtags der offenen Tür gut angekommen. Zunächst hatte sie an einer Diskussionsrunde zum Thema „Kultur in der Krise?!“ teilgenommen. Anschließend stand die Bundestagsabgeordnete der LINKEN zusammen mit dem Thüringer Fraktionschef Bodo Ramelow auf der Bühne Rede und Antwort. Dabei betonte sie ihre Haltung

für eine Politik des Friedens, für den Schutz der Schwachen

Auf Vorschlag der LINKEN hatte der Thüringer Landtag folgende Wahlfrauen und -männer für die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten am 30. Juni in Berlin gewählt: Dr. Birgit Klauwert (MdL, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags); Elfriede Begrich (Pröpstin, parteilos); Andrea Wagner (Gleichstellungsbeauftragte Weimar, parteilos); Bodo Ramelow (MdL, Fraktionsvorsitzender); Knut Korschewsky (Landesvorsitzender, MdL); Prof. Klaus Dörre (Sozialwissenschaftler FSU Jena, parteilos).



und die Vereinigung Ost/West-West/Ost. Außerdem sei sie dafür, dass der Bundespräsident vom ganzen Volk gewählt werde.

### Von Benno Lemke Abschied genommen

Im Rahmen einer bewegenden Trauerfeier sowie eines Trauerempfangs – über 200 Menschen waren gekommen – hat die Landtagsfraktion der LINKEN gemeinsam mit der Familie, Freunden und Weggefährten von Benno Lemke am 19. Juni in Erfurt Abschied genommen. Dem langjährigen Landtagsabgeordneten der Linksfraktion und vielfältig engagierten Politiker, der noch so viele Pläne und Ideen hatte, war durch eine heimtückische Krankheit schon mit 51 Jahren am 12. Juni das Leben genommen worden.

„Wir verlieren einen aufrichtigen, geradlinigen und konsequenten Menschen, der sich unabhängig vom Zeitgeist gegen Fehlentwicklungen und Missstände aufgelehnt hat. Die Erinnerung an Benno Lemke wach zu halten heißt, sich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren und für Veränderungen in dieser Gesellschaft einzusetzen“, heißt es in der Traueranzeige der Linksfraktion.

### Soziale Beratungsstellen erhalten, Rentengerechtigkeit herstellen Forderungen des 3. Thüringer Sozialgipfels werden von der Linksfraktion unterstützt

Zum 3. Thüringer Sozialgipfel der Sozialverbände, der im Plenarsaal des Thüringer Landtags stattfand, erklärte der sozialpolitische Sprecher der LINKEN Landtagsfraktion, Jörg Kubitzki, seine ausdrückliche Unterstützung für die hier erhobene Forderung, dass es Aufgabe des Sozialstaates ist, allen Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft und

Chancengleichheit zu gewährleisten. Angesichts des schwarz-gelben Spar- und Kür-

kräftig ihre Stimme erheben. DIE LINKE versicherte, die Anliegen des Sozialgipfels parlamentarisch zu begleiten.

Das betreffe u.a. die Herstellung von Rentengerechtigkeit Ost-West, die Mitwirkungsrechte für Senioren und den Erhalt sozialer Beratungsstellen.



Im Foto beim Sozialgipfel die Abgeordneten der LINKEN Karola Stange, Ina Leukefeld und Margit Jung (vorn v.r.).

zungspakets sei es umso wichtiger, dass die Sozialverbände

### Black Box zu PPP-Geheimverträgen

Anlässlich der am 11. Juni gestarteten attac-Kampagne gegen die Finanzierung öffentlicher Bauvorhaben durch sogenannte PPP-Modelle (public privat

partnership) und den damit im Zusammenhang stehenden bundesweiten „Aktionstagen gegen Geheimverträge“ hatten die Linksfraktion und ihr kommunalpolitischer Sprecher Frank Kuschel (Foto links) mit einer begehbaren Black Box vor Beginn der Sitzung des Innenausschusses auf die Problematik der Undurchsichtbarkeit und der Risiken derartiger Finanzierungs-geschäfte hingewiesen.

### LINKE Mannschaft „laufend besser“

„Am Ende waren alle Spitze in der Hitze“, so das Fazit in der Thüringer Allgemeinen zum 2. Thüringer Unternehmenslauf am 9. Juni in der Erfurter Altstadt. Unter den mehr als 2.300 Teilnehmern aus knapp 200 Unternehmen im Freistaat schlug sich die Mannschaft aus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag – gut zu erkennen mit ihren leuchtend roten „Laufend besser!“-Shirts – auf der aufgeheizten Fünf-

Kilometer-Strecke tapfer. Die sieben LINKEN Frauen und Männer liefen am Ziel auf dem Domplatz im guten Mittelfeld ein.



## Jugendtheater „Schotte“ begeisterte mit Improvisationen

Ein Mix aus politischer Information und Gesprächen erwartete die Gäste des Land-

Für Kinder ab drei Jahren gab es eine Bastelstraße, außerdem konnten sie sich am Stand

staltet. „Die SPD-Landtagsfraktion weiß um die besondere Bedeutung der Kultur in Thüringen, gerade auch in Zeiten knapper Kassen. Kinder und Jugendliche brauchen Kultur ganz besonders – für 120 aktive, vor allem junge Mitglieder ist die Schotte mehr als nur Freizeitvergnügen, sondern ein Ort der Selbsterfahrung und Selbstfindung“, so Kulturpolitiker Hans-Jürgen



tagsfestes am Stand der SPD-Fraktion. Mitarbeiter und Abgeordnete verteilten Informationsmaterial und beantworteten Fragen. SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn stand interessierten Besuchern am Stand Rede und Antwort.

der Fraktion schminken lassen. Das renommierte Erfurter Jugendtheater „Schotte“ (kleines Foto) hatte in diesem Jahr das Programm der SPD-Fraktion auf der Bühne in der Jürgen-Fuchs-Straße ge-



Döring. „Diese wichtige Arbeit wollen wir würdigen.“ Döring machte deutlich, dass die Landesregierung im diesjährigen Landeshaushalt fast 25 Millionen Euro mehr für Kultur zur Verfügung stellt als noch 2009. Gleichzeitig erarbeitet das SPD-geführte Bildungsministerium derzeit gemeinsam mit den Thüringer Kulturverbänden ein „Leitbild Kultur“.

Es wird einen verbindlichen Rahmen für das kulturpolitische Handeln des Landes in den kommenden Jahren definieren.

## Familie hat großen Stellenwert für die Thüringer

**Fraktionsvorsitzender Höhn sieht in Thüringen-Monitor klaren Handlungsauftrag für die Landesregierung**

SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn (Foto) versteht die Ergebnisse des aktuellen Thüringen-Monitors als klaren Handlungsauftrag an die Adresse der Thüringer Landesregierung. „Damit wir den Freistaat fit für die Zukunft machen, müssen wir vor allem die jungen Menschen im Auge behalten“, sagt Höhn und erinnert an die Problemfelder Abwanderung, Geburtenstagnation bzw. -rückgang und Fachkräftemangel.

„Damit Familien im Freistaat bleiben bzw. sich hier niederlassen, brauchen wir vor allem fair bezahlte Arbeitsplätze und gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit dem Kita-Gesetz, des-

sen Umsetzung ab August ansteht und einer Wirtschaftspolitik, in deren Zentrum der Einsatz für faire Löhne steht, hat die Landesregierung Zeichen gesetzt“, sagt Höhn. Positiv bewertet der SPD-Fraktionsvorsitzende, dass von einem „Kampf der Generationen“ in Thüringen keine Rede sein könne. Im Gegenteil: Laut Thüringen-Monitor seien die Beziehungen der Generationen untereinander intakt - intensive gegenseitige Unterstützung inbegriffen.

Höhn fordert zugleich nachhaltige Investitionen in Qualität und Quantität der politischen Bildung in Thüringen. „Es ist erschreckend, dass viele Thüringer nicht einmal wis-

sen, wie viele Fraktionen es im Thüringer Landtag gibt“, so Höhn. „Wir brauchen gute



Angebote im Bereich der politischen Bildung, damit sich unsere noch junge Demokra-

tie weiter entwickeln kann“, so Höhn. Besorgt ist der Fraktionsvorsitzende wegen der zwar rückläufigen, aber immer noch vergleichsweise hohen Zustimmung zu rechtsextremen und nationalistischen Positionen.

„Das kann zu einem echten Standortnachteil im Freistaat werden“, sagt er. Die Thüringer Landesregierung liege deshalb mit ihrem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit - gegen Rechts-Extremismus, richtig.

Ein erster Entwurf des Landesprogramms, das derzeit im SPD-geführten Sozialministerium erarbeitet wird, solle im Herbst vorliegen.

## Forum Windkraft: Windenergie spielt beim Energiemix der Zukunft herausragende Rolle

„Thüringen hat Nachholbedarf beim Ausbau der Windenergie.“ Das ist das Fazit, das Frank Weber, der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion (Foto Mitte), nach dem „Forum Windenergie“ zieht. Es fand am 18. und 19. Juni im Thüringer Landtag statt. Weber räumt ein, dass es in vielen Regionen Thüringens Vorbehalte gegen einen



weiteren Ausbau der Windkraft gebe. Mit Blick auf die Arbeit der regionalen Planungsgemeinschaften und deren Bedenken sagt Weber: „Die Zielvorstellungen der Landesregierung zum Ausbau der Windenergie stehen we-

der im Widerspruch zum Naturschutz noch zu Einwänden in Bezug auf das Landschaftsbild“, so der Abgeordnete. Dennoch müssten die Ängste der Bürger ernst genommen werden. Weber verweist auf den Koalitionsvertrag, wonach bis zum Jahr 2035 35 Prozent der primären Energieproduktion aus erneuerbaren Energien erzeugt werden sollen.

### Identifizierbarkeit von Polizeikräften erleichtern Bergner: „Mehr Bürgernähe und Transparenz“

Die FDP-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, Möglichkeiten zu prüfen, wie die individuelle Identifizierbarkeit von handelnden Polizeikräften im Einsatz erleichtert werden kann. „Bei einer zeitnahen Umsetzung sollen die unterschiedlichen, auch gegenläufigen Interessen von Polizei einerseits und Betroffenen andererseits in ausreichender Form gewürdigt und in einen angemessenen Ausgleich gebracht werden“, so der parlamentarische Geschäftsführer und innenpolitische Sprecher der Fraktion Dirk Bergner.

Die zum Teil unmögliche Identifizierung einzelner Polizeikräfte vor allem bei Großveranstaltungen mache es Betroffenen schwer, gegen als unrechtmäßig empfundene polizeiliche Maßnahmen vorzugehen bzw. diese rechtlich überprüfen zu lassen, hob Bergner hervor. Dieser Umstand beeinträchtige das verfassungsrechtlich verbürgte Recht der Betroffenen, hoheitliche Maßnahmen einer gerichtlichen Überprüfung zu unterziehen, in erheblicher Weise. „Auf der anderen Seite stehen der Schutz und die Persönlichkeitsrechte der Beamten, insbesondere der Datenschutz, aber auch die persönliche Sicherheit.“ Diese gegenläufigen Interessen seien daher in einen sachgerechten Ausgleich zu bringen. „Polizeiliche Einsatzkräfte mit einer persönlichen Kennung individualisierbar zu machen, ist zudem ein Signal für mehr Bürgernähe und Transparenz gegenüber polizeilichem Handeln und wirkt dem Eindruck entgegen, die Polizei schotte sich gegen den Bürger ab“, hofft Bergner. Zugleich könne eine solche Regelung die Mehrheit korrekt handelnder Polizeibediensteter bei eventuellem Fehlverhalten Einzelner vor unberechtigten Anschuldigungen schützen. Der Prüfauftrag an die Landesregierung wurde mit großer Mehrheit in den Innenausschuss des Thüringer Landtages verwiesen.

## Thüringen als Standort der erneuerbaren Energien stärken FDP fordert sinnvollen Ausbau der Windenergiebranche

Die FDP-Landtagsfraktion fordert, verstärkt die Ansiedlung von Unternehmen der Windenergiebranche zu fördern. „Nur durch den Ausbau von Forschungs- und Produktionskapazitäten wird es langfristig gelingen, die Wertschöpfung zu erhöhen und damit auch Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in Thüringen zu halten und neu zu schaffen“, so der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth. Eine einfache Ausweitung der Energieproduktion werde nicht ausreichen, die Wirtschaftskraft Thüringens entscheidend zu stärken. In einem Antrag, der im Plenum einstimmig zur Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit des Thüringer Landtages verwiesen wurde, fordert die FDP die Landesregierung auf, die Windkraftbranche verstärkt zu fördern, ohne einseitig und kurzfristig zu handeln. „Die Landesregierung ist angehalten, nicht nur die Windenergieerzeugung in Thürin-

gen zu verstärken, sondern sich auch auf die Ansiedlung von Anlagenbau und insbesondere auf das Thema Forschung zu konzentrieren. Nur so kann es gelingen, auf Dauer neue Arbeitsplätze und Steuereinnahmen für Thüringen zu



akquirieren“, betont Barth. In dem Antrag fordert die FDP, beim Ausbau der Energieerzeugung aus Windkraft mit dem notwendigen Augenmaß vor-

zugehen. Dies bedeute insbesondere, zunächst die bereits ausgewiesenen Vorrangflächen für die Errichtung weiterer Windkraftanlagen auszulasten. Daneben solle der Fokus auf der Ertüchtigung bestehender Anlagen liegen. Die Ausweisung weiterer für die Erzeugung von Windenergie zu nutzender Flächen müsse in jedem Einzelfall sorgfältig bedacht werden. „Die Belange des Umwelt-, Landschafts- und Anwohnerschutzes sowie des Tourismus müssen angemessen berücksichtigt werden, um die Akzeptanz in der Bevölkerung für neue Windkraftanlagen zu erhalten“, mahnt der FDP-Fraktionsvorsitzende, denn: „Thüringen ist bereits ein bedeutender Standort der erneuerbaren Energien.“ Um den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg dieser Branche zu unterstützen, sei eine verantwortungsvolle Fortsetzung der Förderung aller ihrer Bereiche notwendig, so Barth abschließend.

### Wer hat's erfunden? FDP-Fraktion macht Urheberchaft am neuen Flughafenamen „Erfurt-Weimar“ geltend

„Wir haben den Flieger ins Rollen gebracht“, kommentiert der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Thomas L. Kemmerich die Ausführungen von Thüringens Verkehrsminister

Initiative dafür von der FDP ausgegangen ist.“ Die FDP-Landtagsfraktion, so Kemmerich weiter, habe am 12. Mai vorgeschlagen, den Flughafen der Landeshauptstadt künftig in „Flughafen Erfurt-Weimar“

bevor sich die Landesregierung überhaupt mit dem Thema befasst hat. Im Gegenteil, bei der Diskussion um die Tagesordnung der Landtagssitzung im Mai habe es durchaus ablehnende Stimmen aus den Rei-



Christian Carius zur Umbenennung des Erfurter Flughafens. „Dass er nun bald vom Flughafen Erfurt-Weimar abhebt, freut uns sehr, weil die

umzubenennen und am 19. Mai einen entsprechenden Antrag in den Landtag und in die beiden Stadtparlamente von Erfurt und Weimar eingebracht,

hen der Regierungsfraktionen zu der Idee der FDP gegeben, erinnert sich Kemmerich. Es sei gut, dass die Regierung den Vorschlag so schnell aufgenommen habe. Dass sie jetzt aber vorgebe, die Umbenennung gehe auf ihre eigene Initiative zurück, sei unseriös. „Wir machen unsere Urheberchaft geltend“, merkt Kemmerich abschließend an. Nachdem der Antrag in der Landtagssitzung im Mai aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden konnte, stand er nun in der Juni-Sitzung erneut auf der Tagesordnung des Plenums und wurde mit großer Mehrheit in den Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr überwiesen. Die Liberalen fordern nun eine schnelle Umsetzung der Idee.

## Zweimal Aufstieg

Gemeinsam mit unserem energiepolitischen Sprecher, Dirk Adams, habe ich den Aufstieg auf eine Windkraftanlage gewagt. Es ist bei BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN eben selbstverständlich, nicht nur über moderne und umweltfreundliche Technologien zu reden, sondern sie auch zu erleben. Ein

Hundertstel der Fläche Thüringens sollte nach unserer Ansicht für Windenergie genutzt werden. Mit mehrfachem Nutzen: Die Ressourcen sind kostenlos, die Transportwege kurz und gesundheitsschädliche Emissionen gleich Null. Ganz anders sieht es manchmal im Landtag aus.

Es wurde ein Nichtrauchergesetz verabschiedet, das in Wahrheit ein Raucherschutzgesetz ist. Dass wissenschaftliche Studien und die Mehrheit der Bevölkerung einen besseren Schutz vor den Gefahren des Rauchens fordern, spielte keine Rolle. In Thüringen darf

blauer Dunst flächendeckend aufsteigen.

Eine Variante von Aufstieg, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ganz klar ablehnen.

Herzlichst Anja Siegesmund, Fraktionsvorsitzende



## Sparpaket des Bundes belastet Thüringen

In unserer Aktuellen Stunde haben wir dafür gesorgt, dass sich der Landtag mit den Folgen des Sparpaketes des Bundes befasste. Unser Haushaltspolitiker Carsten Meyer musste feststellen, dass die meisten Kürzungen sozial ungerecht, insgesamt nicht ausreichend und ohne erkennbares Konzept sind. Sie bieten auch keinen Zusatznutzen für den gesellschaftlichen Umbau und die ökologische Umsteuerung. Z.B. sind in den letzten zwei Jahren die Subventionen



für den Verkehr um über drei Mrd. Euro gestiegen. Schwerpunkt waren aber die sehr konkreten Wirkungen auf Thüringer Belange. So führt die neue Brennelementesteuer dazu, dass AKW länger laufen werden und den Ausbau der Solar- und Windindustrie in Thüringen behindern. Beim Umbau der Bundeswehr gibt es kein Konzept für die Standorte, die dann wohl abgebaut werden. Besonders kritisierten wir, dass keine Einnahmeverbesserung für die Länder vorgesehen ist.



*Auch Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht und Landtagspräsidentin Birgit Diezel freuen sich über das frische GRÜN vor dem Thüringer Landtag.*

## Gleichstellungsausschuss erweitert seinen Zuständigkeitsbereich

Seit 1991 befasst sich der Gleichstellungsausschuss im Thüringer Landtag mit der Gleichstellung von Frau und Mann. Dieses Thema soll auch weiterhin ein wesentlicher Schwerpunkt der Ausschussarbeit bleiben. Ein Vergleich der Aufgabenbereiche anderer Landtagsfraktionen hat je-

doch gezeigt, dass eine alleinige Einschränkung auf diesen Aufgabenbereich überholt ist. Auf Initiative der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Ältestenrat im Thüringer Landtag für eine Öffnung des Gleichstellungsausschusses für alle Gesichtspunkte der Gleichstellung

ausgesprochen. „Unsere Fraktion begrüßt diese Entscheidung als wichtigen Schritt, um umfassend über alle Belange der Gleichstellung in diesem Ausschuss ressortübergreifend beraten zu können“, betont der gleichstellungspolitische Sprecher, Dr. Frank Augsten. Mit der

Öffnung für ein breiteres Themenspektrum stellt sich der Ausschuss den Lebensrealitäten. So können zukünftig beispielsweise auch gleichgeschlechtliche Lebensweisen und die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen im Ausschuss thematisiert werden.

## Grüne enttäuscht über mehrheitliches NEIN zum Abschiebestopp

Nach der Ablehnung des Abschiebestopps für Roma, Ashkali und Ägypter in den Kosovo, zeigte sich die Grüne Landtagsfraktion enttäuscht. „Die Ignoranz gegenüber dem Schicksal dieser Menschen tut weh“, so die migrationspolitische Sprecherin, Astrid Rothe-Beinlich. Thüringen hat es verpasst, ein klares humanitäres Zeichen zu setzen. Ziel war, die Ausländerbehörden des Freistaats per Erlass anzuweisen, keine Abschiebungen in den Ko-

sovo durchzuführen oder vorzubereiten. Zudem sollte politisch darauf hingewirkt werden, dass ein bundesweiter Abschiebestopp für diese Menschen verfügt wird. „Viele Roma-Flüchtlinge leben seit Jahrzehnten in Deutschland. Wenn sie abgeschoben werden, ist es für sie im Prinzip unmöglich, eine neue Perspektive zu finden. Stattdessen finden sie unmenschliche Bedingungen vor und müssen in ständiger Angst vor Diskriminierung leben“, so Rothe-Beinlich.

## Alte Schulden in neuem Gewand?

Der Flughafen Erfurt kostet das Land zu viel. Schuldendienst, Subventionen für die Flüge von Erfurt nach München und Betriebskostenzuschüsse summieren sich auf 15 Mio. Euro im Jahr. Die Passagierzahlen haben in 2009 mit unter 300.000 einen neuen Tiefstand erreicht. Zwar hat die Landesregierung für die Flughäfen Erfurt und Altenburg Gutachten in Auftrag gegeben. Eine Betrachtung nur für Thü-

ringen macht aus unserer Sicht jedoch keinen Sinn. Schon das Luftverkehrskonzept für Mitteldeutschland in 2006 konstatiert Überkapazitäten der Flughafeninfrastruktur. Es muss dringend fortgeschrieben werden.

Vor diesem Hintergrund bleibt fraglich, ob die Umbenennung des Erfurter Flughafens in Erfurt/Weimar einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Gesundheit bringt.

## Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte  
des Freistaats Thüringen  
www.bueb.thueringen.de  
Tel.: 0361 37 71871  
Fax: 0361 37 71872  
Mail: buergerbeauftragte@  
landtag.thueringen.de

Die Landesbeauftragte  
für die Unterlagen des  
Staatssicherheitsdienstes der  
ehemaligen DDR  
www.thueringen.de/tlstu  
Tel.: 0361 37 71951  
Fax: 0361 37 71952  
Mail: tlstu@t-online.de

Der Landesbeauftragte  
für den Datenschutz  
www.thueringen.de/datenschutz  
Tel.: 0361 37 71900  
Fax: 0361 37 71904  
Mail: poststelle@datenschutz.  
thueringen.de

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Thüringer Landtag  
Presse-/Öffentlichkeitsarbeit  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

**Verantwortlich:**  
Dr. Rainer Kipper

**Satz und Layout:**  
Ines Born

**Druck:**  
Thüringer Druckhaus  
Gast & Frisch GmbH,  
Eisenach

Der Landtagskurier erscheint  
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl  
über den Postweg als auch über  
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006  
Fax: 0361 37 72004

pressestelle@landtag.thueringen.de  
www.thueringer-landtag.de



## Die Bürgerbeauftragte

### Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag



Bürgerbeauftragte Silvia Liebaug,  
Mitarbeiter Frau Reinhardt, Herr  
Witte und Frau Rochow (von links  
nach rechts)

Am Samstag, dem 12. Juni 2010  
öffnete der Thüringer Landtag  
wieder seine Türen für interes-

sierte Bürgerinnen und Bürger.  
Auch die Dienststelle der Bürger-  
beauftragten des Freistaats Thüringen  
war dabei mit einem Stand vertreten.

In diesem Zusammenhang  
wurden den Bürgerinnen und  
Bürgern Auskunft zu ihren Fragen  
gegeben. Weiter wurden  
zahlreiche konkrete Anliegen aus  
vielen Bereichen der Bürger-  
beauftragten mit der Bitte um  
Unterstützung herange-  
tragen.

Dabei ging es insbesondere um  
soziale Angelegenheiten und  
Kommunalabgaben und andere  
Gebühren.

Auf Anfragen, ob die Bürger-  
beauftragte auch im Rahmen  
weiterer Gespräche zur Ver-  
fügung steht, wurde das Ein-  
verständnis im Rahmen der  
vorhandenen Möglichkeiten er-  
klärt.



Bürgerbeauftragte im Gespräch

## Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

### Gedenkveranstaltung zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 in dem ehemaligen Stasi-Untersuchungsgefängnis Andreasstraße

Die Gedenkveranstaltung zum  
Volksaufstand vom 17. Juni 1953  
nahm die Landesbeauftragte  
zum Anlass, um in ihrer Rede  
auf Missstände bei der Förde-  
rung der Opferverbände und der  
Aufarbeitungsinitiativen hinzu-  
weisen. Folgend die entschei-  
denden Zitate der Rede: „Es darf  
aber kein Dauerzustand sein,  
dass sich Thüringen bei dieser  
wahrhaft staatstragenden Auf-  
gabe in diesem Maße auf ehren-  
amtliches Engagement verlässt.  
Die Gedenk- und Bildungsarbeit  
muss auf sichere Füße gestellt  
werden. Die Grenz Museen und  
Gedenkstätten brauchen mehr  
Mitarbeiter und diese in unbe-  
fristeten Arbeitsverträgen. Die  
Gedenkstätte Andreasstraße,  
deren Baubeginn wir nachher  
um 13 Uhr begehen, darf nicht

auf Kosten der anderen Ein-  
richtungen entstehen. Sie muss  
vielmehr Anlass sein, auch die-  
se mit mehr Personal und Geld  
auszustatten. Jeder Schüler in  
Thüringen braucht die Chance,  
sich intensiv mit der Geschich-  
te seiner Eltern und Großeltern  
auseinanderzusetzen. Dies ist  
nur durch die Vielfalt und die  
Präsenz in der Fläche möglich.

Alle Thüringer Schüler sollen  
mindestens eine Gedenkstätte  
zum Nationalsozialismus und  
eine zum Kommunismus in ih-  
rer Schulzeit besuchen. Es muss  
sichergestellt werden, dass die  
Absolventen aller Schularten die  
Grundfakten der DDR-Geschich-  
te kennen, damit sie zwischen  
Diktatur und Demokratie unter-  
scheiden können.

Die Außenstellen der Bundes-

beauftragten für die Stasiunter-  
lagen in Gera und Suhl müs-  
sen erhalten bleiben, weil ihre  
Bildungsarbeit unverzichtbar  
ist und weil die Archive bei den  
Bürgern und in der Region blei-  
ben müssen, mit der sie ver-  
bunden sind. Nur so bleibt ver-  
mittelbar, wie engmaschig das  
Überwachungsnetz der Staats-  
sicherheit geknüpft war.

In Thüringen muss die Stiftung  
„Gedenken Erinnern Lernen“ als  
Stiftung öffentlichen Rechtes  
eine größere Selbstständigkeit  
und sichere Einnahmen erhal-  
ten, damit sie die etablierten  
Einrichtungen institutionell  
fördern kann. Nur so wird in  
Thüringen die Aufarbeitungs-  
landschaft zu vergleichbarer  
Qualität mit Sachsen und Sach-  
sen-Anhalt wachsen können.“

## Der Datenschutzbeauftragte

### Landtag verabschiedet Ausführungsgesetz zum Zensusgesetz 2011

Mit Stichtag 9. Mai 2011 wird  
in Deutschland erstmals eine  
Volkszählung (sog. Zensus)  
durchgeführt, bei der auch Ver-  
waltungsregister z.B. der Mel-  
deämter und der Bundesagen-  
tur für Arbeit genutzt werden.  
In der Plenartagung vom  
17. Juni 2010 hat der Thüringer  
Landtag das Ausführungsgesetz  
zum Zensusgesetz 2011  
verabschiedet. Vorangegan-  
gen war eine lebhafte Debatte,  
in der es immer wieder um  
datenschutzrechtliche Kritik-  
punkte an dem Gesetzentwurf  
ging. Dabei konnte der Ein-  
druck entstehen, als liege es in  
der Entscheidungskompetenz  
des Thüringer Landtags, ob sich  
Thüringen an dem Zensus 2011

beteiligt. Dies ist jedoch nicht  
der Fall. Vielmehr ergibt sich  
diese Pflicht bereits aus der di-  
rekt geltenden EU-Verordnung  
sowie aus dem Bundesgesetz  
zum Zensus 2011. Das Ausfüh-  
rungsgesetz regelt allerdings  
die organisatorische Durch-  
führung der Zählung durch die  
Kommunen und das Landes-  
amt für Statistik. Gerade darin  
sind wichtige Vorkehrungen  
zur Sicherung des Statistikge-  
heimnisses sowie zur Trennung  
der Statistik vom Verwaltungsvollzug  
enthalten. Hierzu hat  
der TLfD bereits bei der Erarbei-  
tung des Gesetzentwurfs durch  
die Thüringer Landesregierung  
Ergänzungshinweise gegeben,  
die alle in den Entwurf einge-

arbeitet wurden. Mag es auch  
den einen oder anderen Kritik-  
punkt am Bundesgesetz (Zen-  
susgesetz 2011) geben, so kann  
damit keine Blockade des Aus-  
führungsgesetzes begründet  
werden. Eine Nichtverabschie-  
dung dieses Gesetzes hätte  
dazu geführt, dass der Gesetz-  
geber wichtige zusätzliche  
Vorkehrungen auch zum Da-  
tenschutz im Vorfeld nicht ge-  
troffen hätte, die letztlich dem  
Schutz der Daten der Bürger  
dienen. Der TLfD wird - wie be-  
reits bisher - die Durchführung  
des Zensus 2011 weiter kritisch  
begleiten und wenn nötig zu-  
sätzliche Maßnahmen im In-  
teresse von Datenschutz und Da-  
tensicherheit verlangen.